

AGRARGESETZ

# Agrarwende ade



Rauchende Köpfe auf dem Bauernhof: Wie viel bringt diese, wie viel jene Maßnahme? Das neue Agrargesetz legt fest, wann die Staatsknete fließt.

(Foto: Christian Mosar)

Ein neues Agrargesetz gibt es nur alle sechs Jahre. Diese Woche passierte es - die Chamber - die Chance, in Luxemburg eine Agrarwende einzuläuten, wurde dabei erneut vertan.

Besorgte VerbraucherInnen hin oder her – wenn es um konkrete Gesetze geht, wollen Luxemburgs PolitikerInnen es sich offensichtlich nicht mit der Agrarlobby verscherzen. Noch Mitte Mai wollte Premierminister Jean-Claude Juncker die hiesige Landwirtschaft "op zwee Bee stellen: ee Bio-Been an ee konventionellt Been". Zu dieser Zeit war der Gesetzesentwurf seines Kollegen Fernand Boden bereits auf dem Instanzenweg. Ein "projet de loi", der kaum dazu beitragen dürfte, dass Junckers Zukunftsvisionen in absehbarer Zeit wahr werden können.

"Et geet elo duer", hatten aufgebraachte Vertreter der "Bauernzentral" vergangene Woche der Presse klargemacht. Viele bäuerliche Betriebe warteten ungeduldig auf die ausstehenden Subventionen. Seit 18 Monaten befindet sich Luxemburg in einem "rechtlichen Vakuum" – seit diesem Zeitpunkt hat Luxemburg kein geltendes Gesetz mehr, das den Rahmen für den "soutien au développement rural" festlegt. Obwohl der Zahlungsrücksstand des Landwirtschaftsministeri-

ums, unter dem die Landwirtschaftsbetriebe leiden, nur sehr bedingt etwas mit der aktuellen Gesetzeslücke zu tun hat, wurde der Ruf der Bauernzentrale offensichtlich sehr ernst genommen. Denn plötzlich musste alles ganz schnell gehen: Die ausführliche Stellungnahme des Staatsrates mit immerhin über 60 Änderungsanträgen war kaum erschienen, da befasste sich der Agrarausschuss der Chamber nur wenige Tage später mit dem abgeänderten Text, den Landwirtschaftsminister Boden übers Wochenende verfasst

hatte. Pünktlich zur letzten Sitzung der Chamber lag der Bericht des Ausschusses inklusive neuer Gesetzesfassung vor.

"Elo geet et duer", musste denn auch Chamberpräsident Jean Spautz die aufgeregten Abgeordneten eine Woche später zur Ordnung rufen. Am Rednerpult empörte sich Camille Gira ("Déi Gréng"): "Daat waat hei oofgelaaf ass, ass skandaléis." In 120 Minuten seien 90 Änderungsanträge durchgepeitscht worden, so Gira, der öffentlich bezweifelte, dass die Beteiligten überhaupt genau wüssten, über was sie abgestimmt hatten.

## Bio als grundsätzliches Ziel verankert

Die 33 Seiten lange Stellungnahme, die bei der Landwirtschaftlichen Berufskammer eingeholt worden war, wurde im Ausschuss erst gar nicht zu Rate gezogen. Die Änderungsanträge des Staatsrates wurden, so Gira, "nahezu im Sekundentakt überprüft". Immerhin ist es diesem Papier zu verdanken, dass dem Gesetz in letzter Sekunde doch noch eine innovative Note verpasst wurde: Artikel 1, der die einzelnen Aspekte des allgemeinen Ziels "de promouvoir une agriculture multifonctionnelle, durable et compétitive" formuliert, wurde durch "en promouvant l'agriculture biologique" ergänzt. "Ein nicht unwesentlicher Zusatz", so Camille Gira gegenüber der WOXX. Es sei wichtig, dass die Förderung der Biologischen Landwirtschaft jetzt erstmals explizit in einem solchen Gesetz erwähnt wird.

"Auf die Frage, wieso denn ein solches Bekenntnis zur Biolandwirtschaft nicht im ursprünglichen Entwurf vorkam, sagt Landwirtschaftsminister Fernand Boden der WOXX: "Wir waren nicht gegen diese Ergänzung. Sie wird jedoch nichts an dem ändern, was wir machen wollen." Und: "Die Förderung der biologischen Landwirtschaft macht sich in den

règlements grand-ducaux bemerkbar."

Besondere Maßnahmen in Richtung mehr "bio" oder "öko" fehlen im Gesetzestext. Der Antrag etwa, höhere Investitionen unter anderem an die Entwicklung der Biolandwirtschaft zu knüpfen etwa, wurde verworfen. "Eine solche Klausel steht im Widerspruch zu den geltenden EU-Bestimmungen", erklärt dazu Fernand Boden. Ergänzend zum Gesetz soll jetzt eine Liste jener Investitionen erstellt werden, die die biologische Landwirtschaft unterstützen. "Ich werde mich dafür einsetzen", verspricht der Minister.

## Auf die Umsetzung wird es ankommen

Neben "analyses économiques" wollte der Conseil d'Etat die Vergabe der Beihilfen auch an "analyses écologiques" knüpfen. Doch auch das fand keine Mehrheit. "Die Kriterien für eine solche Untersuchung sind schwer festzulegen", so die Erklärung des Ministers. In Kapitel 10 "Mesures en faveur de l'environnement et de la sauvegarde de la biodiversité" hatte der Staatsrat "un taux de précision inférieur" zu den vorherigen Punkten festgestellt und Autoren dazu aufgerufen, "à revoir le texte". Doch die Zeit drängte. "La Commission partage les remarques critiques", heißt es im Kommissionsbericht. Überarbeitet wurde dennoch nichts, es blieb bei den vage formulierten Empfehlungen für Umweltschutzmaßnahmen.

Unbeachtet blieben auch die Änderungsanträge, die die Vereinigung der Biobauern eingereicht hatte. Darunter vor allem der Wunsch, nicht alle landwirtschaftlichen Anbauweisen in einem Topf zu schmeißen. Laut Artikel 45 des Gesetzes soll die Vermarktung von Bioprodukten und solchen aus integriertem Anbau gleichermaßen gefördert werden. "Wir sind der Meinung, dass man den Streit zwischen bio und konventionellen nicht auch noch unterstreichen soll", sagt dazu Fernand Boden.

Vergessen schienen am Donnerstag die engagierten Reden, die zwei Tage zuvor während der Debatte um Lebensmittelsicherheit gehalten worden waren. Die Schlussfolgerungen dieser Diskussion, so war wiederholt zu hören, sollten in die Umsetzung des neuen Agrargesetzes einfließen. Dieses wird wie üblich durch "règlements grand-ducaux" ergänzt. Was hierin genau festgehalten wird, steht allerdings noch nicht fest. "Das Gesetz ist eine carte blanche für den Landwirtschaftsminister", regt sich deshalb Camille Gira auf. Obwohl anders angekündigt, lagen den Abgeordneten nicht alle règlements vor. Ein Grund für die Grünen, sich beim Votum zu enthalten - das Gesetz fand die Zustimmung aller anderen Fraktionen.

Danièle Weber

## Tant qu'il y aura des bébés ...

Die Vereinigung der Luxemburger Hebammen schlägt Alarm: Die Hebammen-Ausbildung soll hierzulande um ein Jahr verkürzt werden, das sehen das Erziehungs- und das Gesundheitsministerium jedenfalls vor. Diese Entscheidung wurde ohne Rücksprache mit einer im September 1999 eigens zur Revalorisierung der Hebammen-Ausbildung eingesetzten Arbeitsgruppe getroffen. Sie steht zudem im Widerspruch zu EU-Richtlinien, die europaweit das Berufsbild der Hebamme (und ihrer männlichen Kollegen) festlegen. Die jetzt vorgesehene Luxemburger Ausbildung wird der europäischen Norm nicht mehr gerecht. Damit wird nicht nur die berufliche Freizügigkeit der Hebammen eingeschränkt, eine verkürzte Ausbildung steht auch im Widerspruch zu den Ansprüchen, die an die GeburtshelferInnen gestellt werden. Sie üben autonom eine vielfältige Tätigkeit vor, während und nach der Geburt aus. Hierfür sind weitgehende theoretische und praktische Kenntnisse Voraussetzung. Die anvisierte Reform würde die Rolle der Hebammen - entgegen dem aktuellen Trend - wieder zu reinen Handlangern der Ärzteschaft degradieren.

## Index: die Gnade des OECD-Generalsekretärs

Zwei Tage lang bot Luxemburg den Schauplatz für eine Konferenz der OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) zum Thema "Die Zukunft des Geldes". Donald Johnston, der Generalsekretär der Organisation, nutzte die Gelegenheit zu einem offiziellen Besuch bei den hiesigen Regierungsinstanzen. Dabei gab er sich hinsichtlich des Dauerstreitthemas "automatische Indexanpassung der Löhne" konziliant: Staatsminister Juncker, aber auch der liberale Wirtschaftsminister Grethen, hatten mehrfach die Einschätzung der OECD kritisiert, Luxemburg müsse die Indexierung der Löhne aufgeben. Johnston gibt vor, hierzu noch keine abschließende Meinung zu haben. ExpertInnen sollen die längerfristigen Auswirkungen auf die Wirtschaft erst einmal genauer untersuchen. Demnach dürfte der entsprechende Passus im nächsten Luxemburg-Bericht der OECD gestrichen werden. Insgesamt gab sich Johnston weit weniger stur, als seine Organisation sich gemeinhin aufführt. "Wir wollen niemandem die 'pensée unique' aufdrängen", meinte er ganz diplomatisch gegenüber der Presse. Es gelte vielmehr, sich mit den Problemen Luxemburgs vertraut zu machen.

## OGB-L Santé: Gare à vos diplômes

L'OGB-L vient de formuler son avis sur le projet ministériel d'ajustements des études des professions de santé. Il soutient l'idée de la directive européenne à la base du projet et rappelle les insuffisances et lacunes de la formation actuelle. Mais il refuse la solution proposée par le ministère d'insérer 1.000 heures supplémentaires d'enseignement théorique et pratique dans les trois années d'études d'infirmier-ère existant actuellement. Afin d'éviter un rythme scolaire inefficace et risquant de dégoûter les candidat-e-s, l'OGB-L propose de rallonger la durée des études à quatre ans. Cela inclurait l'obtention d'un diplôme d'études secondaires. C'est bien ce qui effraie le ministère: avec quatre années après la 11e, les infirmier-ère-s pourraient revendiquer une rémunération de niveau bac+2. "Ce serait normal", dit Pierre Schreiner de l'OGB-L, "mais ce seront d'autres négociations." Enfin l'OGB-L s'oppose à la réintroduction d'une indemnisation des élèves. Un syndicat qui dit non à une augmentation? Oui, car celle-ci renforcerait l'argument que l'enseignement sur le terrain ne correspondrait pas à de véritables études. Le peu d'argent touché pendant les études se payerait d'une renonciation au niveau de salaire plus élevé de bac+2.

